

Bericht aus der Sommersession 2009

Von Maya Graf, Fraktionspräsidentin

Meine erste Session als Fraktionspräsidentin hat am letzten Sessionstag mit einem Paukenschlag aufgehört: Als ich mich um 7 Uhr morgens im Nationalratssaal auf die Schlussabstimmungen vorbereitete, telefonierte mir unser Parteipräsident: in den Westschweizer Medien würde das Gerücht verbreitet, dass Bundesrat Couchepin heute zurück trete. Bei Sitzungsbeginn um 8 Uhr verlas dann die Nationalratspräsidentin den Rücktrittsbrief von Bundesrat Couchepin. Von diesem Moment an wusste ich, dass kein ruhiger, sondern ein langer Politsommer vor uns lag und die Grüne Fraktion nun hauptsächlich mit den Vorbereitungen auf die Bundesratswahlen vom 16. September beschäftigt sein würde.

Doch der Reihe nach. Eines der ersten Geschäfte, das im Nationalrat behandelt wurde, war die Ratifizierung des Freihandelsabkommens EFTA-Kolumbien. Wir bekämpften mit Unterstützung vieler Entwicklungsorganisationen diese Vorlage leider vergebens. Aus grüner Sicht muss eine Grundvoraussetzung des freien Handels sein, dass die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards sowie der Einhaltung der Menschenrechte gewährleistet ist. Was im Falle von Kolumbien leider überhaupt nicht gegeben ist.

Der Ständerat beriet die 11. AHV-Revision, die zum Ziel hat, das Rentenalter der Frauen von 64 auf 65 zu erhöhen. Die damit jährlich eingesparten 800 Millionen Franken sollten unserer Meinung nach nicht auf dem Buckel der Frauen eingespart, sondern endlich für das schon lange versprochene flexible Rentenalter eingesetzt werden. Der Ständerat beschloss, dies nur mit 400 Millionen zu tun. Damit wird dieses umstrittene Geschäft wieder in den Nationalrat kommen.

An der ausserordentlichen Session zur Verschärfung des Strafrechtes und zur Kriminalität am Morgen vor den traditionellen Fraktionsausflügen, wurde klar, dass die Polemik dieses Themas grösser geschrieben wurde, als die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Realität. Das Strafrecht und Strafprozessrecht ist zwar erst seit 2 Jahren in Kraft, wurde aber nun in einer Hauruckübung weiter verschärft. Gut konnten wir unsere Frustration mit einer wunderschönen Fraktionsreise in den Kanton Genf begleichen. Robert Cramer zeigte uns mit einer Rhonefahrt und dem Abendessen bei einer Bio-Winzerfamilie die vielfältige „Campagne de Genève“. Ein grosses Dankeschön an die Grünen Genève! Ein weiteres „Highlight“ der Session war die Wahl einer Grünen Bundesrichterin bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesstrafgerichts. Wir gratulieren Nathalie Zufferey herzlich zu ihrem neuen Amt am Strafgericht Bellinzona!

In der letzten Sessionswoche debattierte dann der Nationalrat auch auf Verlangen der Grünen über die dringliche Debatte zu den extrem steigenden Krankenkassenprämien. Wir Grüne forderten einen zweijährigen Prämienstopp. Die Kostensteigerungen sollen in dieser Zeit vom Bund übernommen werden. Das wäre eine wichtige konjunkturelle Massnahme, um Familien mit Kindern und mittleren Einkommen in der Wirtschaftskrise effektiv zu helfen. Ein definitiver Entscheid darüber ist noch offen.

Denn unsere Fraktion verlangte in der Sommersession zusammen mit der SP eine ausserordentliche Session für den Herbst zu Konjunktur und Arbeitslosigkeit. Dazu braucht es einen Viertel des Nationalrates, also 50 Unterschriften. Unsere konkreten Forderungen sind einen Krisenfonds für grünes Wissen, Forschung und Innovation, ein Forschungsprogramm

zur Bewältigung der „Multikrise“ und drittens ein Solidaritätsprogramm mit dem Einfrieren der Krankenkassenprämien und der Ausweitung der Taggelder für Arbeitslose. Wir Grüne wollen vermeiden, dass wir nach der Wirtschafts- und Finanzkrise in die Klima- und Energiekrise schlittern. Der Green New Deal ist nun angesagt. Endlich muss ein langfristiges konsequentes nachhaltiges Handeln zuoberst auf der Traktandenliste von Parlament und Bundesrat stehen.